

Mitteilung
der Landesregierung

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Schreiben des Staatsministeriums vom 6. Juli 2015, Az.: V-0123.049:

Anbei übermittele ich Ihnen den Bericht an den Landtag über aktuelle europapolitische Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums.

Friedrich
Minister für Bundesrat, Europa und internationale Angelegenheiten

Eingegangen: 06.07.2015 / Ausgegeben: 10.07.2015

*Drucksachen und Plenarprotokolle sind im Internet
abrufbar unter: www.landtag-bw.de/Dokumente*

Der Landtag druckt auf Recyclingpapier, ausgezeichnet mit dem Umweltzeichen „Der Blaue Engel“.

Bericht an den Landtag von Baden-Württemberg
über aktuelle europapolitische Themen
aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums

A. Einleitung	2
B. Schwerpunktthemen	2
I. Aktuelles: EU-Flüchtlingspolitik, Griechenland-Krise und Großbritannien	2
II. Einrichtung eines TTIP-Beirats der Landesregierung	6
III. EU-Strategie für den Donaauraum.....	7
IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit.....	9
V. Internationales	11
VI. Entwicklungspolitik.....	13
VII. Europafähigkeit und europapolitische Öffentlichkeitsarbeit.....	18
VIII. Landesvertretung Berlin.....	19
IX. Landesvertretung Brüssel	21

A. Einleitung

Mit dem vorliegenden Bericht werden die aktuellen europapolitischen Themen aus dem Arbeitsbereich des Staatsministeriums im Berichtszeitraum 1. April 2015 bis 30. Juni 2015 vorgestellt.

Der Berichtszeitraum war geprägt von schwierigen inneren und äußeren Herausforderungen für die Europäische Union. Insbesondere sind der Umgang mit einer steigenden Anzahl von Flüchtlingen, die Krise in Griechenland sowie das angekündigte Referendum in Großbritannien über den künftigen Verbleib in der Europäischen Union zu nennen. Auch die Transatlantische Investitions- und Handelspartnerschaft (TTIP) steht weiter auf der Agenda, am 16. Juni 2015 wurde zur Begleitung des weiteren Verhandlungsprozesses ein Beirat auf Landesebene eingerichtet.

B. Schwerpunktthemen**I. Aktuelles: EU-Flüchtlingspolitik, Griechenland-Krise und Großbritannien****1. EU-Flüchtlingspolitik**

Am 13. Mai 2015 präsentierte die EU-Kommission ihren Vorschlag für eine "Europäische Migrationsagenda" mit einem stärker europäisch ausgerichteten Konzept der Flüchtlings-, Asyl- und Migrationspolitik. (Vgl. zu Details auch die Landtagsunterrichtung von Innenministerium und Staatsministerium vom 26. Juni 2015.) Vor dem Hintergrund der sehr ungleichen Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten will die EU-Kommission 2016 das bestehende „Dublin-System“ auf den Prüfstand stellen.

Die Agenda enthält u. a. Vorschläge zur besseren Steuerung der Wirtschaftsmigration, für Neuansiedlungs- und Umsiedlungssysteme von Flüchtlingen sowie zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den Herkunfts- und Transitländern.

- 3 -

Migration war auch ein Schwerpunkt beim Europäischen Rat am 25./26. Juni 2015. Demnach soll sich die Politik in den folgenden Monaten auf drei Dimensionen konzentrieren - die Umsiedlung und Neuansiedlung sowie die Rückkehr von Flüchtlingen sowie die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern. In den kommenden beiden Jahren sollen 40.000 Personen aus den besonders von den Flüchtlingsströmen betroffenen Staaten Italien und Griechenland auf alle Mitgliedstaaten verteilt werden. Anders als von der EU-Kommission vorgeschlagen, wurde dabei keine verbindliche Verteilungsquote vereinbart. Ein weiteres wichtiges Element ist die Bekämpfung der illegalen Migration, insbesondere durch wirksame Rückführmaßnahmen für diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz haben. Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist eine Partnerschaft mit den afrikanischen Ländern.

Die Landesregierung hält eine fairere, solidarischere Verteilung der Flüchtlinge auf die Mitgliedstaaten für notwendig. Ausgangspunkt dafür kann die Einführung eines festen Verteilungsschlüssels sein. Die Landesregierung hält, angesichts des mangelnden Konsenses unter den Mitgliedstaaten, die Rolle der EU-Kommission im weiteren Prozess für umso wichtiger und unterstützt daher ausdrücklich die Bemühungen der EU-Kommission. Baden-Württemberg hat im Bundesrat einen entsprechenden Antrag zur EU-Migrationsagenda eingebracht.

2. Griechenland-Krise

Neben dem Thema Migration bestimmte die Krise in Griechenland weiter die europäische Agenda. Seit 2010 hat Griechenland von den Eurostaaten, der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über 230 Milliarden Euro erhalten, Deutschland bürgt für rund 60 Milliarden Euro.

Beide Hilfspakete waren an fiskalische und strukturelle Reformprogramme gebunden, die von den Institutionen EU-Kommission, Europäische Zentralbank (EZB) und IWF (vormals „Troika“) bewertet wurden („Hilfe gegen Reformen“). Nachdem das bereits zweimal verlängerte zweite Hilfspaket Ende Juni 2015 auslaufen sollte, spitzte sich die Lage dramatisch zu.

- 4 -

Die Zahlungsfähigkeit des griechischen Staates ist akut bedroht. Zwischen Griechenland und seinen Gläubigern besteht Streit über die Möglichkeit und den Sinn weiterer fiskalischer und struktureller Reformen (u.a. Steuererhöhungen und Rentenreformen). Die griechische Seite hält einen (weiteren) Schuldenschnitt für unumgänglich. Weder ein Sondergipfel der Staats- und Regierungschefs der Eurozone am 22. Juni 2015 noch der Europäische Rat am 25./26. Juni 2015 in Brüssel brachten einen Durchbruch der festgefahrenen Verhandlungen. Der griechische Ministerpräsident Tsipras kündigte am 27. Juni 2015 überraschend an, das griechische Volk über den jüngsten Kompromissvorschlag der Geldgeber abstimmen zu lassen. Die Euro-Gruppe lehnte daraufhin eine (dritte) Verlängerung des zweiten Hilfspakets über den 30. Juni 2015 hinaus ab. Griechenland konnte die an diesem Tag fällige Rückzahlungsrate an den IWF in Höhe von 1,6 Milliarden Euro nicht mehr bedienen. Die Europäische Zentralbank hält ihre Notkredite (ELA) vorerst aufrecht.

Das griechische Volk hat am 5. Juli 2015 mit gut 61 % für eine Ablehnung der Kompromissvorschläge der Gläubiger votiert. Die Wahlbeteiligung lag bei über 60 %. Es ist davon auszugehen, dass die griechische Regierung weiterhin einen Schuldenschnitt fordert. Für den 7. Juli 2015 wurde ein Sondergipfel der Regierungschefs der Euro-Staaten angekündigt.

Zunächst ist klar, dass das Votum keinen Einfluss auf den Status Griechenlands hat. Griechenland bleibt im Euro und EU-Mitglied. Bei Umfragen haben auch die Griechen deutlich dafür votiert, in der EU und im Euro zu bleiben. Aus Sicht der Landesregierung sollten die Staats- und Regierungschefs jetzt auf der Grundlage ihrer bisherigen Vorschläge eine neue Ausgestaltung des Hilfsprogramms verhandeln. Die Einberufung eines EU-Gipfels ist ein wichtiger Schritt zurück an den Verhandlungstisch. Deutschland als größter Gläubiger hat dabei eine besondere Verantwortung. Es wird aber auch jetzt keine Möglichkeiten geben, Griechenland zu helfen, wenn das Land nicht bereit ist, die wesentlichen Reformanforderungen zu akzeptieren. Auch muss man sich hier auf längere Verhandlungen vorbereiten.

- 5 -

Die Landesregierung sieht die Gefahr, dass sich die Situation in Griechenland sowohl politisch als auch humanitär weiter verschärft und erachtet es daher für wichtig, dass ggf. schnell humanitäre Hilfe geleistet wird. In dieser Situation muss sich die Europäische Union als politische Gemeinschaft mit gemeinsamen Grundwerten bewähren. Denn es steht mehr auf dem Spiel als die Schuldenfrage.

3. Großbritannien

Weiteres aktuelles Thema ist die Frage des Verbleibs Großbritanniens in der Europäischen Union. Der wiedergewählte britische Premierminister Cameron kündigte an, bis Ende des Jahres 2017 ein Referendum über den Verbleib Großbritanniens in der EU abzuhalten („Brexit“). Einen konkreten Forderungskatalog für einen Verbleib Großbritanniens in der EU hat Cameron bislang nicht vorgelegt.

Die britische Seite hat nur grob skizziert, wo sie Änderungsbedarf sieht. Themen sollen u.a. Sozialleistungen für EU-Einwanderer, Arbeitnehmerfreizügigkeit, Stärkung der nationalen Parlamente sein.

Auf dem Europäischen Rat am 25./26. Juni 2015 machte Cameron klar, dass für Großbritannien das in den Verträgen verankerte Ziel einer „immer engeren Union“ nicht mehr gelten soll. Eine Änderung des EU-Vertrags von Lissabon dürfte auf Widerstand zahlreicher Mitgliedsstaaten stoßen und wird zeitlich vor Ende 2017 ohnehin nicht zu bewerkstelligen sein. Viele der bisher bekannten britischen Forderungen könnten allerdings durch die Mitgliedsstaaten selbst, durch Änderung des EU-Sekundärrechts oder durch politische Selbstverpflichtungen der Kommission umgesetzt werden. Der Europäische Rat hat beschlossen, sich beim nächsten Gipfel im Dezember 2015 näher mit den britischen Anliegen zu befassen. Die Landesregierung hält es für wichtig, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten frühzeitig abstimmen und positionieren, um auf die Verhandlungen mit Großbritannien gut vorbereitet zu sein.

II. Einrichtung eines TTIP-Beirats der Landesregierung

Der Ministerrat hat am 17. März 2015 die Einrichtung eines TTIP-Beirates der Landesregierung unter Vorsitz von Minister Friedrich und dem Co-Vorsitz von Minister Bonde sowie Staatssekretär Hofelich beschlossen. Mit Beschluss des Ministerrats vom 16. Juni 2015 hat die Landesregierung nun die konkreten Rahmenbedingungen zur Arbeitsweise des Beirats sowie dessen Besetzung festgelegt.

Der Beirat soll dazu dienen, wichtige Partner wie Verbände, Kommunen, Wissenschaft, Kirchen und die Zivilgesellschaft in die Debatte über TTIP einzubeziehen, und fungiert als Beratungsorgan der Landesregierung. Außerdem soll der Beirat einen Beitrag zu mehr Transparenz und zur Herstellung von mehr Öffentlichkeit leisten. Vorgesehen sind zwei öffentliche Sitzungen des Beirates pro Jahr. Die Dauer der Einrichtung hängt vom weiteren Verhandlungsprozess ab. Der Beirat wird sich mit zentralen Einzelthemen von TTIP befassen (z.B. Investitionsschutz, Schiedsverfahren, Regulatorische Kooperation, Schutzstandards etc.). Die Hinzuziehung von externen Sachverständigen zu einzelnen Themen ist möglich.

Die Rückkopplung der Beiratsergebnisse in die Ressorts wird über einen mündlichen Bericht von Minister Friedrich im Kabinett zeitnah nach den Beiratssitzungen erfolgen.

Der Vorschlag zur Zusammensetzung des Beirates orientiert sich an der Zusammensetzung des Beirates auf Bundesebene und berücksichtigt darüber hinaus landesspezifische Interessen. Insgesamt sind 33 Personen im Beirat vertreten, davon: 6 Vertreterinnen und Vertreter aus der Wirtschaft, 4 Abgeordnete des Landtags (Je 1 pro Fraktion), 3 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, 3 Vertreterinnen und Vertreter der Gewerkschaften, 3 Vertreterinnen und Vertreter aus den Kommunalen Spitzenverbänden, 6 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich Umwelt-und Verbraucherschutz sowie Transparenz, 3 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich Kultur und Medien, 2 Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bereich Landwirtschaft, 2 Vertreter der Kirchen sowie ein Vertreter der Justiz.

III. EU-Strategie für den Donaauraum

1. Umsetzung der EU-Strategie für den Donaauraum (EUSDR)

Im Berichtszeitraum wurden im Rahmen des baden-württembergischen Vorsitzjahres der EUSDR insbesondere folgende Veranstaltungen umgesetzt:

Auf Einladung von Minister Friedrich fand am 13. Mai 2015 ein informelles Treffen der Außenminister der Länder des Donaauraums in der Landesvertretung in Brüssel statt. Im Rahmen des Treffens wurde eine gemeinsame Erklärung zur weiteren Intensivierung und besseren Koordinierung der bereits schon engen und guten Zusammenarbeit im Donaauraum abgegeben.

Vom 23. Juni bis 25. Juni 2015 fanden im Rahmen der sog. „Floating Conference“, einer Veranstaltungsreihe an Bord eines Donauschiffs, Treffen der Nationalen Koordinatoren und der Bereichskoordinatoren der 11 Prioritätsbereiche der EUSDR statt. In der erstmalig in dieser Form durchgeführten Konferenz wurden mit der EU-Kommission und Baden-Württemberg als Vorsitz u.a. die Themenfelder der strategischen Ausrichtung, der Einbindung der EUSDR in das Transnationale Donauprogramm und die Struktur der neu geschaffenen internationalen Koordinierungsstelle „Danube Strategy Point“ (DSP) besprochen bzw. vorgestellt, der seine Arbeit im Mai in der baden-württembergischen Landesvertretung Brüssel aufnahm.

Der größte Teil des international besetzten Teams wurde im Rahmen eines Bewerberauswahlverfahrens in Abstimmung mit den Vertretern der Donaustaaten bestimmt. Somit konnte der DSP im Berichtszeitraum operationell die Arbeit aufnehmen. Die offizielle Einweihung ist für den 15. Juli 2015 vorgesehen.

Am Rande der „Floating Conference“ fand erstmals auf politischer Ebene zudem ein Treffen der neu geschaffenen Trio-Präsidentschaft der EU-Strategie für den Donaauraum statt. Mit dem Trio wurde ein Instrument etabliert, um durch Einbeziehung des vorherigen und nachfolgenden Vorsitzes Kontinuität in der Ausrichtung der Strategie zu schaffen.

Neben Europaminister Friedrich nahmen der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten im österreichischen Bundesministerium für Europa, Integra-

- 8 -

tion und Äußeres, Michael Linhart, und der Staatssekretär im slowakischen Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Peter Javorcik, teil.

2. Vorbereitung des 4. Jahresforums in Ulm

Am 29. und 30. Oktober 2015 findet das 4. Jahresforum der EUSDR in Ulm statt. Organisatoren der Veranstaltung sind die EU-Kommission (Generaldirektion Regionalpolitik), das Land Baden-Württemberg und die Stadt Ulm.

Das Staatsministerium hat für die Ausrichtung des internationalen Kongresses rd. 304.000 Euro von der EU-Kommission erhalten. Die Stadt Ulm als Mitveranstalter hat Mittel in Höhe von rd. 130 000 Euro zur Verfügung gestellt. Das diesjährige Jahresforum steht unter dem Motto „Smart, social, sustainable – Innovation for the Danube Region“.

Dabei wird der inhaltliche Schwerpunkt der beiden Konferenztage zum einen auf drei hochrangig besetzten Diskussionsrunden zu den Themen „Reaching out“, „Innovation“ sowie „Fachkräfte und Unternehmertum“ liegen. Zum anderen haben die Koordinatoren der 11 Prioritätsbereiche insgesamt rund 30 Vorschläge für Workshops, Fachseminare etc. eingereicht, die an beiden Konferenztagen stattfinden werden.

Hinsichtlich der Diskussionsrunde „Reaching out“ nimmt das Forum vor allen Dingen die gesamtgesellschaftlichen Wirkungspotenziale der Strategie im Bereich Zivilgesellschaft sowie auf parlamentarischer, Länder- und kommunaler Ebene ins Blickfeld. In der Diskussionsrunde wird Staatsrätin Erler für das Land sprechen.

Die Konferenz wird gemeinsam von EU-Kommissarin Crețu, Bundesministerin Nahles und Minister Friedrich eröffnet. Am ersten Konferenztag wird auch ein Treffen der sogenannten Fondsminister stattfinden, die für die Verwaltung von europäischen Fördermitteln in ihren Ländern zuständig sind. Bundesministerin Nahles wird ebenfalls an diesem Treffen teilnehmen. Die offizielle Einladung zur zweitägigen internationalen Konferenz in Ulm soll noch im Sommer erfolgen.

IV. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

1. Internationale Bodenseekonferenz (IBK)

Die Regierungsvertreterinnen und Regierungsvertreter der IBK trafen sich am 30. April 2015 unter baden-württembergischem Vorsitz zu ihrem Kamin-gespräch in Konstanz. Gegenstand der Beratungen waren – neben der aktuellen Zusammenarbeit und den Herausforderungen im Wirtschafts- und Lebensraum Bodenseeregion – die Herausforderung der Digitalisierung für den Bodenseeraum, die Infrastrukturabgaben in der Vierländerregion, die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie sowie die geplante Verschlüsselung von SRF und ORF in den kommenden Jahren und die Folgen für den Empfang im deutsch-österreichisch-schweizerischen Grenzraum. Gleichzeitig war man sich einig, weiter an pragmatischen Lösungen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zu arbeiten, intensiv wurden die Auswirkungen und die geplante Umsetzung der sog. Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz diskutiert. Ministerpräsident Winfried Kretschmann betonte in diesem Zusammenhang, dass die Personenfreizügigkeit für die EU und auch das Land nicht verhandelbar sei.

Ebenfalls am 30. April 2015 fand im Konzilsgebäude Konstanz das erste internationale Wirtschaftskonzil statt, das von der IBK maßgeblich begleitet und vorbereitet wurde. Über 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft beschäftigten sich in sechs Foren mit zentralen Zukunftsfragen der Wirtschaft und der internationalen Zusammenarbeit, um neue Modelle und Impulse für die Zukunft von Europa und der Schweiz zu entwickeln. Teilnehmer waren neben Ministerpräsident Kretschmann und weiteren Regierungsvertretern aus Baden-Württemberg und dem Bodenseeraum der deutsche Botschafter in Bern, Otto Lampe, der Botschafter für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten, Olaf Kjelsen, sowie zahlreiche Vertreter der Wirtschaft.

Die Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister der Länder und Kantone der IBK kamen am 11. und 12. Juni 2015 in Konstanz erstmals zu einer gemeinsamen Fachministerkonferenz zusammen, um den grenzüberschrei-

- 10 -

tenden Austausch im Gesundheitsbereich zu vertiefen. Inhaltliche Schwerpunkte lagen auf den Bereichen „Fachkräftemangel und Fachkräftemigration im Gesundheits- und Pflegebereich“, „Netzwerkbildung in der grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung“ sowie „Bürgerbeteiligung an einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik“.

Die Ebene der leitenden Beamten der IBK tagte am 11. Juni 2015 in Wolfegg und brachte u.a. eine Potentialstudie zur Vorbereitung eines groß angelegten Forschungsprojekts für die Internationale Bodensee-Hochschule (IBH) auf den Weg. Nach dem erfolgreichen Abschluss der Pilotphase des IBK-Kleinprojektfonds erfolgte bereits der Start des Folgeprojekts zur Förderung von grenzüberschreitenden Begegnungsprojekten.

2. INTERREG A Programme „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ für die Förderperiode 2014 - 2020

Nachdem die EU-Kommission die beiden grenzüberschreitenden Förderprogramme INTERREG A „Oberrhein“ und „Alpenrhein-Bodensee-Hochrhein“ für die Jahre 2014 bis 2020 genehmigt hat, laufen in beiden Programmen die Vorbereitungen zur Auswahl der ersten Projekte.

So wurden in den Programmgeräten Grundsätze für die Projektauswahl sowie zur Bewerbung der Programme in den Regionen beraten. Mit ersten Förderentscheidungen wird im Sommer 2015 gerechnet. Das Staatsministerium führt zudem in verschiedenen Landkreisen, die zur Gebietskulisse der Programme zählen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den neuen INTERREG A-Programmen durch. Diese werden gemeinsam mit dem jeweiligen Landratsamt umgesetzt und haben neben Information und Beratung auch die Funktion, Projekte zu initiieren und potentielle Projektpartner zusammenzuführen. Die ersten Termine in Emmendingen (24. März) und Lörrach (29. April) stießen auf gute Resonanz; die kommenden Veranstaltungen sind für Konstanz (02. Juli), Waldshut (10. Juli) und Friedrichshafen (22. Juli) geplant.

3. Vier Motoren für Europa

Am 10. Juni 2015 fand im Rahmen der katalanischen Präsidentschaft der Vier Motoren für Europa ein politisches Treffen in Barcelona statt. Für Baden-Württemberg nahm daran Minister Friedrich teil. Die politischen Vertreter der Regionen unterzeichneten eine gemeinsame Erklärung, in der sie ihr Engagement erneut bekräftigen und die Bedeutung des Netzwerks für die Bewältigung der aktuellen Herausforderungen der Regionen betonen. Ein Hauptziel während der katalanischen Präsidentschaft soll dabei die Entwicklung der Vier Motoren hin zu informations-technologisch führenden Regionen für ein smartes Europa sein. Die Vier Motoren wollen sich dafür die Technologie und die digitalen Informationen zunutze machen, um im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen Neuerungen einzuführen, das Wirtschaftswachstum anzutreiben und sich zu einer intelligenten, nachhaltigen und integrierenden Gesellschaft zu entwickeln. Darüber hinaus haben die Mitglieder den stärkeren Einsatz für die Entwicklung des Informations- und Kommunikationstechnologiesektors (IKTs) in ihren Gebieten vereinbart.

V. Internationales

1. Schweiz

a) Aktivitäten der Landesregierung

Mit Blick auf die Volksabstimmungen in der Schweiz in den letzten Jahren befasste sich das renommierte Europa Forum in Luzern im April mit den Entwicklungen der direkten Demokratie. Ministerpräsident Kretschmann hielt einen Impulsvortrag zu den Erfahrungen in Baden-Württemberg mit der direkten Demokratie und der Bürgerbeteiligung. Er führte außerdem ein Arbeitsgespräch mit Bundespräsidentin Sommaruga.

Minister Friedrich ist regelmäßig mit Schweizer Gesprächspartnern in Kontakt, im Berichtszeitraum beispielsweise im Rahmen der IBK oder bei einem Zusammentreffen im Mai mit einer Delegation des Kantons Bern unter Leitung von Regierungspräsidentin Egger-Jenzer.

- 12 -

Die Landesregierung sieht in der Zusammenarbeit mit der Schweiz großes Potential, denn beide Länder sind wirtschaftsstarke Hochtechnologieländer, deren Wohlstand ganz wesentlich auf Innovation beruht. Bis zum Jahresende wird die Landesregierung daher Eckpunkte zur Zusammenarbeit mit der Schweiz erarbeiten, die die Beziehungen zur Schweiz strategisch weiterentwickeln sollen. Auch die Zusammenarbeit in europäischen Angelegenheiten wird im Fokus stehen.

b) Aktuelle Volksabstimmungen

Am 14. Juni 2015 wurde in der Schweiz über mehrere Vorlagen abgestimmt. Die Volksinitiative für eine nationale Erbschaftssteuer verfehlte klar die Mehrheit. Sie zielte auf eine bundeseinheitliche Erbschafts- und Schenkungssteuer von 20 Prozent auf Summen von mindestens zwei Mio. Franken (1,9 Millionen Euro). Mit der Ablehnung einer nationalen Regelung bestimmen weiterhin die Kantone über die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen. Die Regelungen gelten als großzügig, z.B. sind direkte Nachkommen fast überall steuerbefreit.

Ferner stimmten die Schweizer für einen ersten Schritt zur Präimplantationsdiagnostik. 61,9 Prozent befürworteten eine Verfassungsänderung, die die Grundlage legt für die Untersuchung künstlich befruchteter Embryos vor der Einpflanzung in den Mutterleib.

Gescheitert ist die Stipendien-Initiative, die die Ausbildung unabhängiger vom Einkommen der Eltern machen wollte. Eine knappe Zustimmung gab es zum Radio- und Fernsehgesetz. Künftig muss jeder Haushalt unabhängig vom Besitz eines TV- oder Radiogerätes zahlen, so dass die Gebühren insgesamt sinken werden.

2. Südosteuropa

Die Landesregierung pflegte im Berichtszeitraum weiterhin einen engen Austausch mit den Staaten Südosteuropas. Im April besuchte der Ministerpräsident der Republik Albanien, Edi Rama, in Begleitung des Ministers für Wirtschaftliche Entwicklung, Tourismus und Unternehmertum, Arben Ahmetaj, Stuttgart.

- 13 -

Ziel des Besuchs war es insbesondere, die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Albanien zu stärken. Auch die EU-Beitrittsverhandlungen waren Gegenstand der Gespräche. Der Besuch knüpfte an eine Reise von Minister Friedrich im vergangenen Jahr nach Albanien an. Im Juni reiste der Präsident der Republik Slowenien, Borut Pahor, mit einer großen Wirtschaftsdelegation mit zahlreichen Unternehmern u.a. aus den Bereichen Tourismus, Automobil-, Metall- und Holzindustrie sowie Kommunikations- und Informationstechnologie nach Stuttgart. Slowenien ist EU-Mitglied, Mitglied der Eurozone und mit Baden-Württemberg u.a. durch die EU-Donauraumstrategie verbunden. Anlässlich des Besuchs fand ein Wirtschaftstag Slowenien – Baden-Württemberg statt, den Minister Friedrich im Weißen Saal des Neuen Schlosses eröffnete.

VI. Entwicklungspolitik

Die Umsetzung der Entwicklungspolitischen Leitlinien stand auch im zweiten Quartal des Jahres 2015 im Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Arbeit des Staatsministeriums. Von besonderer Bedeutung waren dabei folgende Bereiche:

1. Messe FAIR HANDELN 2015

Die Messe FAIR HANDELN, die von 9. bis 12. April 2015 auf der Messe Stuttgart stattfand, war mit rund 150 Ausstellern wieder hervorragend bestückt. Auch in diesem Jahr konnten die Frühjahrmessen mit insgesamt 90.000 Besuchern einen Zuwachs verzeichnen. Unterstützt vom Staatsministerium versammelten sich auf dem Welt:Marktplatz zum dritten Mal die entwicklungspolitischen Akteure des Bundes und Landes, darunter das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), die Geschäftsstelle der Nachhaltigkeitsstrategie, die deutschen Länder und der Dachverband Entwicklungspolitik Baden Württemberg (DEAB) mit dem vom Land geförderten Eine-Welt-Promotorenprogramm. Erstmals ist es gelungen, das baden-württembergische Partnerland Burundi mit einem Stand und einer Trommlergruppe auf die Messe zu holen. Neben der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz fand mit Unterstützung des Staatsministeriums erstmals die Veranstaltung Africa Moves im Abendprogramm statt, bei der vor allem die Stimmen des Südens musikalisch und im Rahmen einer Podiumsdiskussion mit Minister Peter Friedrich zu Wort kamen.

- 14 -

Das Staatsministerium ist Partner der FAIR HANDELN. Neben dem Umweltministerium, das die Messe ebenfalls finanziell unterstützt, waren das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, das Ministerium für Wirtschaft und Finanzen wie auch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport mit eigenen Beiträgen und Informationsmaterial auf der Messe vertreten.

2. Im Fokus: Entwicklungspolitisches Engagement an Hochschulen - campusWELTbewerb

Im Rahmen des campusWELTbewerb wurden am 17. April 2015 zehn baden-württembergische Hochschulen ausgezeichnet. Mit den Preisgeldern verwirklichen sie aktuell diese Projekte für mehr globale Nachhaltigkeit an Hochschulen:

- CampusWELT: Decolonize it! - globale und postkoloniale Perspektiven nachhaltig verankern (Hochschule Esslingen)
- Curriculum Change for Social Impact (Universität Tübingen)
- Entwicklung und Einsatz einer Planspielkomponente für sozioökonomische Nachhaltigkeit in Schwellenländern als Beitrag zum Globalen Lernen in Deutschland und Südafrika (Hochschule Aalen)
- Globale Nachhaltigkeit in Sprachkursen - eine Fortbildungsreihe am Fachsprachenzentrum der Universität Tübingen (Universität Tübingen)
- Hochschultag zu Bildungsgerechtigkeit, Diskriminierungskritik und Diversity (Hochschule Esslingen)
- Internationale studentische Fachkonferenz zu Nachhaltigkeit (Hochschule Konstanz)
- Klimawandel - regional und global. Nachhaltigkeits-Coaching mit und für Lehrerinnen und Lehrer (PH und Universität Heidelberg)
- MitMachGarten (Universität Stuttgart)
- Nachhaltigkeit lernen - globales und lokales Handeln in der Umsetzung: Von der Theorie über die Praxis in die Schule (PH Freiburg)
- SustainAbility 2.0 (Universität Hohenheim)

3. ASA – Nachhaltigkeit verbindet!

Diesem zum Wintersemester 2014/2015 gestarteten Projekt sind mittlerweile die Universitäten Stuttgart und Heidelberg beigetreten. Aktuell werden für das nächste Wintersemester weitere Hochschulen ausgewählt. Ziel bleibt, über eine strategische Zusammenarbeit das über Jahrzehnte bewährte ASA-Studierendenprogramm besser an den Hochschulen und ihren Verwaltungen zu verankern – etwa darüber, dass Leistungen, welche die Stipendiaten im ASA-Programm erbringen, auch fachlich in ihr Studium Eingang finden und zur universitären Forschung beitragen.

4. Burundi

Sorge bereiten die Entwicklungen im Partnerland Burundi. Nach dem versuchten Staatsstreich am 13. Mai 2015 hat sich die Lage in Burundi weiter verschärft. Es finden täglich Demonstrationen in der Hauptstadt Bujumbura statt. Die Proteste haben bereits mehrere Todesopfer gefordert. Über 100.000 Menschen befinden sich auf der Flucht in die angrenzenden Staaten. Die ursprünglich für 26. Mai 2015 vorgesehenen Parlamentswahlen wurden verschoben. Die Wahlen für die Kommunalparlamente und Departements fanden am 29. Juni statt. Ein offizielles Ergebnis liegt noch nicht vor.

Die Präsidentschaftswahlen sind nun für 15. Juli 2015 vorgesehen. Die Senatoren werden am 24. Juli 2015 gewählt. Die Europäische Union hat ihre Wahlbeobachtermission eingestellt, da „glaubwürdige Wahlen“ derzeit nicht möglich seien. Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit hat Gespräche mit der burundischen Regierung über eine Ausweitung des finanziellen Engagements in Burundi inzwischen eingestellt.

- 16 -

Baden-Württemberg hatte für das schwierige Wahljahr 2015 keine offiziellen Regierungskontakte mit dem Partnerland geplant. Auf zivilgesellschaftlicher Ebene laufen der Austausch und die Projektförderung jedoch weiter. Das Staatsministerium erhält aus der Zivilgesellschaft zahlreiche Anfragen zur Lage in Burundi, es steht zudem in enger Abstimmung mit dem Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Auch die Stiftung Entwicklungs-Zusammenarbeit (SEZ) bietet eigene Veranstaltungen zum Austausch und zur Information über die Situation in Burundi an und hält auf der Homepage stets Informationen zur aktuellen Lage vor. Daneben nutzte das Staatsministerium Möglichkeiten wie den Deutschen Evangelischen Kirchentag oder die Nachhaltigkeitstage, um weiterhin für die Partnerschaft zu werben.

5. Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungspolitischen In- und Auslandsarbeit des Landes

Wie bereits 2014 wird die Fördermittelausschreibung des Landes für Projekte entwicklungspolitischer Initiativen 2015 in Inlands- und Auslandsprojekte getrennt. Insgesamt stellt das Staatsministerium der SEZ wie im Vorjahr 385.000 € zur Verfügung. Diese Mittel werden entsprechend der Antragslage der früheren Jahre ungefähr zu 1/3 in Inlands- und zu 2/3 in Auslandsprojekte fließen.

Die Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungspolitischen Inlandsarbeit war bis zum 16. Mai 2015 zugänglich. Es sind 27 Anträge mit einem Antragsvolumen von 375.885,20 Euro eingegangen.

Ein unabhängiges Gutachtergremium hat am 19. Juni 2015 7 Projekte mit einem Antragsvolumen von 123.400 Euro für eine Förderung ausgewählt. Die SEZ hat am 22. Mai 2015 die Fördermittelausschreibung für Projekte der entwicklungs-politischen Auslandsarbeit mit Einreichungsfrist 1. August 2015 veröffentlicht. Durch die im Vergleich mit den Vorjahren zeitlich früheren Ausschreibungen soll den antragsstellenden Organisationen bei negativer Bescheidung ihres Antrages ermöglicht werden, noch im gleichen Jahr nach anderen Fördermöglichkeiten zu suchen.

6. Verwaltungsvorschrift Beschaffung

Die neue Verwaltungsvorschrift Beschaffung ist seit 1. April 2015 in Kraft. Die Verwaltungsvorschrift ist von allen Behörden und Betrieben des Landes sowie den landesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die § 55 Landeshaushaltsordnung (LHO) unmittelbar oder nach § 105 LHO zu beachten haben, anzuwenden. Sie dient der Umsetzung der von der Landesregierung verfolgten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung. Dazu gehören insbesondere eine klimaneutrale Landesverwaltung, die Berücksichtigung der Entwicklungspolitischen Leitlinien (insb. fair gehandelte Produkte), die Belange der mittelständischen Wirtschaft und die Teilhabe aller Marktbeteiligten (insb. bspw. Behindertenwerkstätten).

Aus Sicht der Entwicklungszusammenarbeit besonders erfreulich ist die Stärkung des Fairen Handels und die obligatorische Berücksichtigung sozialer Mindeststandards in der Lieferkette. So sind im Rahmen der Vergabevorschriften für den vorgesehenen Verwendungszweck fair gehandelte Produkte zu bevorzugen. Bei bestimmten Produktgruppen sollen Liefer- und Dienstleistungen mit zusätzlichen Bedingungen an die Auftragsausführung vergeben werden, die das beauftragte Unternehmen verpflichten, den Auftrag ausschließlich mit Produkten auszuführen, die unter Einhaltung der ILO-Kernarbeitsnormen gewonnen und hergestellt worden sind.

7. Faire Trade Schools

Im April 2014 wurde die Fairtrade Schools-Kampagne in Baden-Württemberg gestartet. Die von Transfair e.V. getragene und von der SEZ sowie dem Kultus- und dem Staatsministerium unterstützte Kampagne ermöglicht Schulen mit dem Titel „Fairtrade-School“, für ihr Engagement im Fairen Handel ausgezeichnet zu werden. Nach einem Jahr gibt es in Baden-Württemberg mittlerweile 29 Schulen aller Schularten, die entweder bereits Fairtrade School sind oder sich auf dem Weg dorthin befinden.

VII. Europafähigkeit und europapolitische Öffentlichkeitsarbeit

1. Exkursion des ersten Führungskreises „Europa und Internationales“ nach Paris vom 22. bis 24. April 2015

Die Auslandsexkursion des im Dezember 2013 unter dem Schwerpunkt Entwicklungszusammenarbeit gestarteten Führungskreises des Dynamischen Europapools führte die Mitglieder im April 2015 nach Paris. Dort fanden Fachgespräche u. a. im französischen Senat, bei der OECD und der französischen Agentur für Entwicklungszusammenarbeit statt.

2. Europaaktionstag am 8. Mai 2015

Das Staatsministerium und weitere Kooperationspartner veranstalteten in diesem Jahr zum sechsten Mal den Europaaktionstag. Erstmals waren am 8. Mai 2015 auf dem Schlossplatz auch Institutionen und Organisationen vertreten, die im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit aktiv sind, da das Jahr 2015 vom Europäischen Parlament und Rat zum „Europäischen Jahr der Entwicklung“ erklärt wurde. Neben Themenpavillons, Musik- und Tanzdarbietungen gab es zwei Diskussionsrunden u.a. mit den Europaabgeordneten Heubuch und Gebhardt sowie Staatssekretär Hofelich und Bürgermeister Wölfle.

3. Ausschreibung Projektförderung „Aktiv für Europa – mit jungen Menschen die Zukunft Europas gestalten“

Das Staatsministerium schreibt in diesem Jahr erstmalig die Förderung von Projekten mit einem europabezogenen Hintergrund für und mit jungen Menschen aus. Ziel der Förderung ist u.a., die Identifikation junger Menschen mit der Europäischen Union zu stärken und Europa vor Ort erlebbar zu machen, Wissen zu vermitteln und das Interesse von jungen Menschen an europäischen und europapolitischen Themen zu wecken. An der Ausschreibung können insbesondere Kindergärten, Schulen, Fachhochschulen, Universitäten, Bildungseinrichtungen, gemeinnützige Vereine, sonstige Organisationen und Einzelpersonen teilnehmen, die ein entsprechendes Projekt planen und durchführen werden. Voraussetzung für die Förderung ist, dass sowohl der Projektträger als auch die Zielgruppe ihren Sitz in Baden-Württemberg haben.

VIII. Landesvertretung Berlin

1. TTIP-Fachgespräch mit Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft

Das TTIP-Fachgespräch mit Wirtschaftsvertreterinnen und -vertretern diente vor dem Hintergrund der im März 2015 erfolgten Positionierung der Landesregierung dazu, den Austausch und Dialog über Chancen und Risiken einer TTIP aus Sicht der deutschen und amerikanischen Wirtschaft zu befördern. Insbesondere wurden konkrete Anforderungen an ein Investitionsschutzkapitel und einen dazugehörigen Streitschlichtungsmechanismus sowie an eine verstärkte regulatorische Kooperation unter Berücksichtigung der Belange kleiner und mittlerer Unternehmen diskutiert. Daneben wurde sich über die Erwartungshaltung der Wirtschaft mit Blick auf die Einflussmöglichkeiten des Landes in Brüssel und Berlin ausgetauscht. Die Veranstaltung hatte eine überragende Resonanz. Unter den mehr als 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren neben Vertretern der American Chamber of Commerce Deutschland e.V. eine Vielzahl von Verbänden und Unternehmen, wie u.a. BDI, DIHK, BVMW, VDMA, Die Familienunternehmer, Daimler, BASF, GE, vertreten.

2. Abendveranstaltung anlässlich der Expertenkonferenz des Auswärtigen Amtes zur Zukunft des Mehrjährigen Finanzrahmens der EU

Auf Einladung der Landesvertretung trafen sich am 15. Juni 2015 Expertinnen und Experten der EU-Kommission, des Europäischen Parlaments sowie der EU-Mitgliedstaaten zum Abschluss der vom Auswärtigen Amt durchgeführten Konferenz anlässlich der bevorstehenden Halbzeitüberprüfung des Mehrjährigen Finanzrahmens in 2016. Es wurde deutlich, dass bei der anstehenden „Review“ neben der dringend erforderlichen Konzentration der EU-Ausgaben auf die Förderung von Forschung und Entwicklung auch die EU die einzelnen EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung von Flüchtlingsströmen in Folge von Leid und Vertreibung auch mit entsprechenden finanziellen Zusagen unterstützen sollte. Zudem wurde u.a. die Empfehlung geäußert, dass die EU auch finanziell in die Lage versetzt werden müsse, ihrer Verantwortung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern gerecht zu werden.

3. Round-Table-Gespräch „Sichere Datennutzung und Digitalisierung“

Vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte über die Ausgestaltung eines europäischen digitalen Binnenmarktes diskutierten Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wissenschaft mit Expertinnen und Experten aus der IT-Wirtschaft über Mindestanforderungen an eine europäische Strategie für eine sichere Datennutzung als Treiber für Innovation und Wachstum. Schwerpunktmäßig ging es um die Frage, wie das Vertrauen vor allem der mittelständischen Wirtschaft in die Nutzung digitaler Dienste gestärkt werden kann und welche ordnungspolitischen Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, um den Schutz von firmen- und personenbezogenen Daten sowie des geistigen Eigentums zu verbessern. Dabei wurde auch auf die jüngsten Initiativen der Landesregierung für eine sichere digitale Infrastruktur, wie u.a. den Ausbau des Forschungszentrums Informatik (FZI) in Karlsruhe zum IT-Sicherheitszentrum des Landes und die IT-Leuchtturmprojekte „Virtual Fort Knox“ und „Cloud Mall Baden-Württemberg“ hingewiesen.

IX. Landesvertretung Brüssel

1. Ausschuss der Regionen (AdR): Im Kreis der Regionen Europas Baden-Württembergs Interessen mit starker Stimme vertreten

Minister Friedrich nahm am 16. und 17. April 2015 an der AdR-Plenartagung sowie an den Vortreffen der politischen Gruppen und der deutschen Delegation teil.

Minister Friedrich engagierte sich im Berichtszeitraum in der Arbeit der AdR-Intergroup Makroregion Alpen, die am 16. April 2015 zusammenkam. Mit Botschafter Balzaretto und dem Stellv. Leiter der Mission Renggli setzte Minister Friedrich am 13. Mai 2015 den Dialog zu den Beziehungen EU-Schweiz und Baden-Württemberg-Schweiz fort.

In einer weiteren Gesprächsrunde auf Arbeitsebene am 30. Juni 2015 mit Nina Obermaier, Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD), wurde die aktuelle Position des EAD zur Schweiz thematisiert. Mit dem Kabinettschef von EU-Kommissar Hahn (Nachbarschaftspolitik und Erweiterung) fand am 30. Juni 2015 ein Gespräch auf Arbeitsebene zur Schweiz, zur Lage im Westlichen Balkan (Stichwort: „Sichere Herkunftsstaaten“) sowie zum Thema Donau-Kooperation, insbesondere zur Rolle der Nicht-EU-Länder im Donauraum statt.

Im Rahmen eines Gesprächs mit Generaldirektor Deffaa (GD Regionalpolitik) am 12. Mai 2015 konnte Minister Friedrich für das „Annual Danube Forum“ Ende Oktober in Ulm – insbesondere die Teilnahme von EU-Regionalkommissarin Cretu – werben, über den aktuellen Sachstand zum „Danube Strategy Point“ unter dem Dach der Landesvertretung informieren sowie aktuelle Einschätzungen zur Rolle der Schweiz in der EU-Strategie für den Alpenraum aufnehmen.

Mit den beiden Außenministertreffen zu den Makrostrategien „Donauraum“ und „Adriatisches/Ionisches Meer“ am 13. Mai 2015 konnte Minister Friedrich die zentrale Rolle des Landes und der Landesvertretung – insbesondere beim Thema Donau – unterstreichen; gleichzeitig konnten diejenigen Delegationen, die nur an dem „Adria/Ionisches Meer“-Treffen teilnehmen, über aktuelle Fragen der Politik des Landes informiert werden.

- 22 -

So wie auch andere politisch relevante Themen (z.B. TTIP siehe unten) hat die Landesvertretung auch das Thema Donau öffentlichkeitswirksam begleitet: Neben einer Podiumsdiskussion am 23. April 2015 zum Thema „Bioenergie im Donauraum“ u.a. mit Umweltminister Untersteller, Vertretern aus Politik und Verwaltung aus Serbien sowie der GIZ-Vorstandssprecherin Gönner, wurde das Thema Donau auch im Rahmen einer Konferenz des „Regional Cooperation Council (RCC)“ und dem „European Fund for the Balkans“ (u.a. mit EU-Kommissar Hahn, Nachbarschaftspolitik und Erweiterung) am 6. Mai beim „Regional Cooperation Day“ in der Landesvertretung Brüssel beleuchtet.

Auch fanden im Berichtszeitraum die regelmäßigen Donau-Netzwerktreffen statt, z.B. am 22. Mai 2015 u.a. mit Referaten von Vertretern der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU zu Forschung und Entwicklung im Donauraum sowie von Vertretern der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der EU-Kommission und der Europäischen Investitionsbank zu Beteiligungsmöglichkeiten beim Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI). Damit schärft die Landesvertretung ihr Profil bei den anderen Donaupartnern als kompetente und informative Begegnungs- und Dialogeinrichtung auf Brüsseler Parkett.

2. Gespräche und Veranstaltungen zum Thema TTIP

In einem ausführlichen Gespräch mit dem Botschafter der USA bei der EU Gardner und dem Stellv. Leiter der US-Mission Sammis am 13. Mai 2015 stellte Minister Friedrich das Positionspapier der Landesregierung vom März vor. Die US-Seite zeigte sich sehr interessiert an den Positionen des Landes und bot an, für Gespräche und Veranstaltungen in Baden-Württemberg zur Verfügung zu stehen. Beim Thema TTIP ist zu erwähnen, dass sich unter den deutschen (wie auch europäischen) Regionalvertretungen die Landesvertretung als wichtige Kommunikationsplattform verschiedenster Interessen etabliert hat. So hat z.B. am 15. April 2015 die Veranstaltung „Regulatory Cooperation and TTIP“ mit Daimler und der EVP-Fraktion („Friends of TTIP“) mit rund 150 Gästen stattgefunden. Mit-Organisatoren waren die Europaabgeordneten Caspary und Quisthoudt-Rowohl. Diskutanten waren u.a. der EU-Chefunterhändler für TTIP Garcia-Bercero und die Handelsbeauftragte der US-Mission bei der EU Elena Bryan.

- 23 -

Weiter fand am 3. Juni 2015 eine TTIP-Veranstaltung des DGB, ÖGB und des AK Europa der österreichischen Arbeiterkammer mit Spitzenvertretern aus dem Gewerkschaftsbereich, mit dem Europaabgeordneten Lange (TTIP-Berichtersteller) sowie einem Vertreter der Generaldirektion Handel der EU-Kommission, statt.

3. Europakommunikation – im Land, in Europa, in der Welt ...

Die Technologie Region Karlsruhe (TRK) nutzte die Landesvertretung am 16. April 2015 für ein Seminar mit rund 50 Vertretern aus Politik, Verwaltung, Forschung, Wirtschaft, Verbands- und Kammerwesen. Dabei wurden zentrale Anliegen und Zukunftsperspektiven der TRK mit Experten der EU-Kommission in den Bereichen Energie, Innovation und Regionalpolitik erörtert. Im Rahmen einer großen, öffentlichkeitswirksamen Diskussionsveranstaltung, die von Minister Friedrich eröffnet wurde, diskutierten u.a. der Generaldirektor der Gemeinsamen Forschungsstelle der EU Sucha, der Europaabgeordnete Caspary und der Karlsruher Oberbürgermeister und TRK-Vorstandsvorsitzende Mentrup Fragen der „Energie der Zukunft“.

Zur „Halbzeit“ des Europäischen Jahres der Entwicklung wurde mit der dreitägigen Konferenz der „Ökumenischen Koordination“, zu der sich entwicklungspolitische, kirchliche und staatliche Akteure zusammengeschlossen haben, ein wichtiger Akzent gesetzt und Baden-Württemberg als aktiver Akteur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit sichtbar. Regionale Schwerpunkte der Konferenz und der Gespräche im Zeitraum 15. bis 17. Juni 2015 waren Afrika und Lateinamerika, thematische Schwerpunkte waren Handels- und Rohstoffpolitik. An der Konferenz nahmen auch Gäste aus Afrika und Lateinamerika teil. Auch zahlreiche Gesprächspartner aus den EU-Institutionen waren vertreten, u.a. der Parlamentsvizepräsident Wieland, die Europaabgeordneten Böge, Heubuch, Keller, Lange und Scholz sowie der stellvertretende Generaldirektor der GD Entwicklungszusammenarbeit Rudischhauser.

- 24 -

Die erfolgreiche Reihe der „Lunch Debates“ des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung Mannheim (ZEW) mit ZEW-Präsident Prof. Dr. Fuest wurde im 2. Quartal 2015 fortgesetzt und fand am 16. Juni 2015 zum Thema „Corporate Tax Avoidance: Implications and Countermeasures“ u.a. mit Prof. Dr. Fuest und dem Europaabgeordneten Theurer statt.

Am 22. Juni 2015 tagte die deutsche Hochschulrektorenkonferenz (HRK) in der Landesvertretung unter Beteiligung von Wissenschaftsministerin Bauer. Im Rahmen der Sitzung des Präsidiums und des Senats der HRK haben Wissenschaftsministerin Bauer und HRK-Präsident Prof. Hippler in Gesprächen mit Parlament und Kommission die bedenkliche Entwicklung dargestellt, die für den Innovationsstandort Europa durch die Abzweigung von Mitteln aus dem EU-Haushalt für Forschung und Innovation entstanden ist. Ministerpräsident Kretschmann, Ministerin Bauer und andere Regierungsmitglieder hatten seit längerem (gemeinsam) bei der EU-Kommission interveniert.

Im Rahmen der sog. „Vorabend“-Reihe wurde am 30. Juni neben den Chancen und Herausforderungen für die Luxemburgische EU-Ratspräsidentschaft auch aktuelle Fragen zu Griechenland thematisiert. Wie in der Vergangenheit auch, stieß die Diskussionsveranstaltung „Am Vorabend der Luxemburgischen EU-Ratspräsidentschaft“ in Brüssel auf großes, öffentliches Interesse, insbesondere aufgrund der Aktualität in der Griechenland-Frage.

4. Neues aus der Landesvertretung

Im Berichtszeitraum hat das neu geschaffene Strategische Donaübüro (Danube Strategy Point - DSP) unter dem Dach der Landesvertretung unter Leitung von Matija Vilfan die Arbeit aufgenommen. Im Rahmen von Workshops in verschiedenen Formaten wurden weitere Schritte unternommen, um in Abstimmung mit der EU-Kommission (GD Regionalpolitik) die Arbeitsschwerpunkte zu konkretisieren.